

Landkreis Ebersberg

**14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/05. Kreis- und
Strategieausschuss**



Protokoll

**05. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem Teil
am Montag, 09.02.2015 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:01 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß

Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Brilmayer, Walter
Huber, Thomas
Müller, Alexander
Ockel, Udo
Schwäbl, Josef

Vertreter von Herrn Tobias Scheller,
anwesend ab 16:20 Uhr
anwesend ab 16:50 Uhr

Wagner, Martin

SPD-Fraktion

Böhm, Ernst Dr.
Hingerl, Albert

abwesend ab 17:49 Uhr

Freie Wähler-Fraktion

Reitsberger, Georg

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud
Oellerer, Reinhard

AG AfD-BP-ödp

Eckert, Christian

Abwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Scheller, Tobias

vertreten durch Herrn Josef Schwäbl

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Finanzen und Kreiskasse; Handlungsfelder 2015 und 2016
Vorlage: 2014/2283
- TOP 4 Haushalt 2014; Informationen über das vorläufige Jahresergebnis
Vorlage: 2014/2284
- TOP 5 Kreishaushalt 2015; Verwendung der Schlüsselzuweisungen;
Antrag der CSU/FDP-Fraktion vom 28.12.2014 und der SPD-Fraktion vom 30.12.2014
Vorlage: 2015/2338
- TOP 6 Überörtliche Rechnungsprüfung 2014; Bericht des Finanzmanagements
Vorlage: 2015/2331
- TOP 7 Vollzug der Richtlinie für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg
Vorlage: 2015/2330
- TOP 8 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 9 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 9.1 Bericht über die Mitgliedschaften und freiwilligen Vereinbarungen 2015
Vorlage: 2014/2285
- TOP 9.2 Schlüsselzuweisungen 2015
Vorlage: 2014/2286
- TOP 9.3 Asyl - Supervision für freiwillige Helfer der Asylbewerber;
Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2015
Vorlage: 2015/2339
- TOP 9.4 Aufspüren fossiler Energieträger im Landkreis Ebersberg;
Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen vom 1.1.2015
Vorlage: 2015/2336
- TOP 10 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 11 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Mitglieder des Kreis- und Strategieausschusses und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 04. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 01.12.2014 gab es keine Einwände; damit erklärte Landrat Robert Niedergesäß die Niederschrift als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Finanzen und Kreiskasse; Handlungsfelder 2015 und 2016
-------	--

2014/2283

F2/Haushalt/Infoma/2015

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung F, Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat
Jens Stadtmüller, Projektleiter der Firma Infoma

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte Herrn Stadtmüller von der Firma Infoma und führte kurz in den Sachverhalt ein.

Die Firma Infoma ist seit 2005 der Softwarepartner des Finanzwesens und mit der Kosten- und Leistungsrechnung seit 1998 betraut. Die Landkreisverwaltung arbeitet sehr innovativ mit dem Verfahren und hat bereits zwei Mal in Folge den Innovationspreis gewonnen. Die Preisgelder in Höhe von einmal 5.000 € und einmal 2.500 € wurden sozialen Projekten, wie den Pflegekindern und dem Aufbau eines Dolmetschernetzwerks, zur Verfügung gestellt.

Seit einigen Jahren wird einmal jährlich eine Schulung für die oberste Führungsebene, den Abteilungsleitern, durchgeführt. Dabei geht es um automatisierte Berichte, damit die Abteilungsleiter die Budgeteinhaltung noch besser unterstützen können.

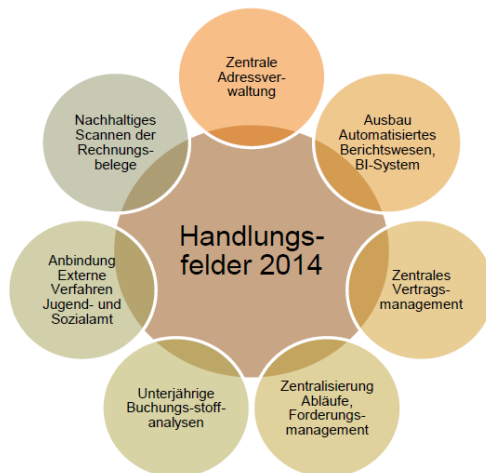
Ebenfalls einmal jährlich findet eine sogenannte Sitzung der Lenkungsgruppe statt, in der die Handlungsfelder des nächsten Jahres gemeinsam festgelegt werden. An diesen Terminen nehmen auch die EDV, das Revisionsamt und der Personalrat teil.

In acht Handlungsfeldern sind die Projekte des Finanzmanagements in den kommenden zwei Jahren beschrieben. Die Vertragsdatei wird auch für die politischen Entscheidungsgremien sehr viel mehr Transparenz bringen. Mit dem Modul „Mahnen und Vollstrecken“ wird die Zahlungsmoral der Gebührenschuldner gesteigert. Schließlich wird der elektronische Rechnungsworkflow dazu beitragen, Fehler zu vermeiden und Doppelarbeiten (Doppelein-gaben) zu vermeiden.

Landrat Robert Niedergesäß übergab das Wort an Herrn Stadtmüller, der anhand einer Präsentation dem Gremium die sieben Handlungsfelder und deren Definition und Grundlage sowie deren Zielerreichung darlegte:

>> Übersicht Handlungsfelder 2014

7 Handlungsfelder wurden definiert und bilden unsere Handlungsgrundlage seit 2014



>> Übersicht Handlungsfelder 2014

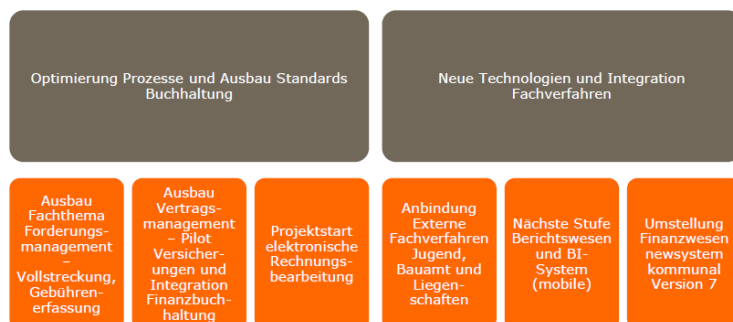
Die 7 Handlungsfelder und ihre Zielerreichung



Projektverlauf - Strategie

Vorstellung der Themen für 2015 und 2016

Handlungsfelder 2015 und 2016



Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen und geklärt:

Auf Anfrage aus dem Gremium wird Herr Stadtmüller eine Übersicht nachreichen, aus der ersichtlich ist, welche bayerischen Kommunen dieses Programm verwenden. *(Redaktionelle Anmerkung nach der Sitzung: Herr Stadtmüller teilte mit, dass Infoma 22 kameral oder doppisch buchende Kunden in Bayern haben.)*

Auf die Anfrage aus dem Gremium, inwiefern sich das Programm auf die freiwerdenden Kapazitäten der Mitarbeiter auswirke, antwortete Frau Keller, dass das derzeitige Personal aufgrund der vielen Projekte stark gefordert sei und bis an die Grenzen arbeite. Mittelfristig, in ca. zwei Jahren bis der Workflow laufe, erwarte Frau Keller einen Effizienzgewinn.

Anmerkung aus dem Gremium zum Forderungsmanagement und der Kontierung von zugekauften Leistungen, könne der Landkreis bei Dispokrediten, vor allem bei den Wohlfahrtsverbänden, Skonto vereinbaren. Frau Keller erklärte, dass sie diesen Vorschlag an die Fachbereiche weitergeben und ansprechen werde, vor allem im sozialen Sektor.

Auf die Nachfrage aus dem Gremium, in welchem zeitlichen und personellen Rahmen die Firma Infoma zur Schulung der Mitarbeiter involviert sei erklärte Frau Keller, dass 20.000 € Beraterkosten bereits im Haushalt 2015 eingeplant seien und von einem Volumen von 20 Tagen ausgegangen werde.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab und keine Beschlussfassung erfolgte, rief Landrat Robert Niedergesäß den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 4	Haushalt 2014; Informationen über das vorläufige Jahresergebnis
-------	---

2014/2284

F2/ HH 2014 / vorl.Jahreserg.

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung F, Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß führte kurz in den Sachverhalt ein:

Obwohl im Kreishaushalt noch bis zum 28.2.2015 auf das Jahr 2014 gebucht werden könne, kann heute schon das vorläufige Rechnungsergebnis präsentiert werden.

Der Haushalt verlief positiv, so wie das vom Finanzmanagement bereits im Oktober berichtet wurde. Der Ergebnisüberschuss werde nochmal 2 Mio. € höher sein als geplant. Er komme damit den Rekordüberschüssen der Jahre 2009 und 2010 sehr nahe und werde über 8 Mio. € betragen

Nur so war es möglich, 2014 auf Kreditaufnahmen vollständig zu verzichten.

Weil wir keine Kredite benötigten, kann die Prognose der Verschuldung, die vor wenigen Jahren noch bis auf 78 Mio. € befürchtet wurde, deutlich auf 53 / 54 Mio. € zurückgeführt werden. Derzeit sehe es so aus, als könnte der Höchststand der Verschuldung Ende 2015 mit knapp 60 Mio € erreicht sein.

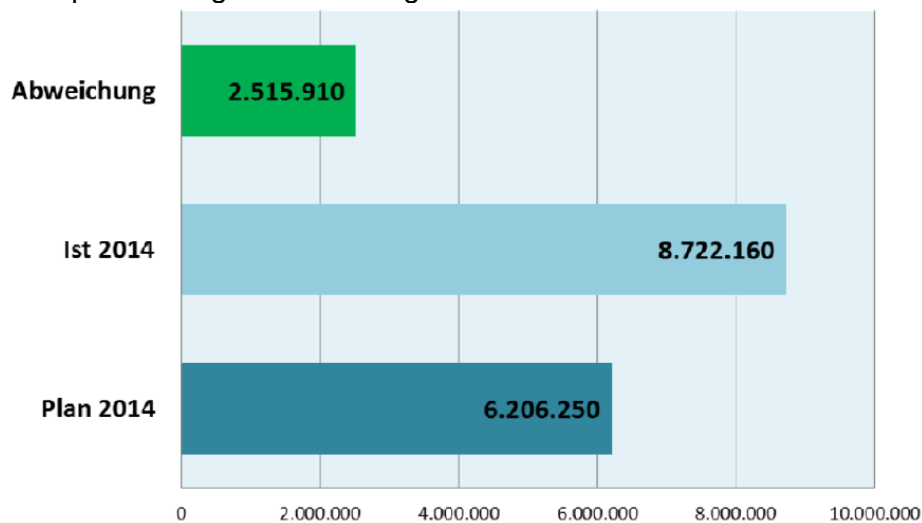
Die Ergebnisse der Eckwerte 2014 mit einer Abweichung von 1,1 % bestätigten einmal mehr, dass auf dieser Basis eine Fiskalsteuerung funktioniere. Auch der Bayerische Innovationsring hatte das erkannt, greife das Thema auf und befasse sich mit strategischer Haushaltssteuerung.

Alle Fachausschüsse werden sich in den nächsten Monaten intensiv mit ihren Ergebnissen auseinandersetzen. Abweichungen größer als 200.000 € müssten –wie immer- vom Kreistag genehmigt werden.

Landrat Robert Niedergesäß übergab zur weiteren Erläuterung des Sachverhalts das Wort an Frau Keller, die den Sachverhalt anhand der folgenden Präsentation erläuterte.

Haushalt 2014; Informationen über das vorläufige Jahresergebnis

Cockpit – die Ergebnisrechnung



Der geplante Ergebnisüberschuss kann um 2 Mio € übertroffen werden und wird bei über 8 Mio € liegen.

Jahresabschlussbuchungen

		Plan	Ist	Anmerkung
Abschreibung	Kreisklinik	720.682	700.000	Noch nicht endgültig
Aufstockung Rückstellungen für Pensionen		0	463.629	
Aufstockung Rückstellungen für Resturlaub		0	0	noch nicht bekannt, für beide Rückstellungen ca. 200.000 € prognostiziert
Aufstockung Rückstellungen für Mehrarbeitsstunden		0	0	
Aufstockung Rückstellungen für Beihilfen		0	244.695	

Das Ergebnis wird dadurch um 1.408.324 € belastet – planerisch waren aber „nur“ 720.682 € berücksichtigt. 2015 wurden – nach entsprechenden Beratungen der AG PuV – erstmals Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen auch planerisch berücksichtigt.

Die nicht geplanten gesetzlichen Rückstellungen wurden vollständig aus dem Ergebnis finanziert.

Bilanzstand der Rückstellungen

	Stand zum 31.12.2014
Rückstellungen für Pensionen	11.997.869
Rückstellungen für Resturlaub	840.473
Rückstellungen für Mehrarbeitsstunden	1.054.153
Rückstellungen für Altersteilzeit	180.493
Rückstellungen für ausständige Rechnungen	175.216

Die Rückstellungen für Resturlaub und Mehrarbeitsstunden konnten noch nicht gebucht werden.

Ergebniszusammenfassung

Buchungsschluss ist erst am 28.2.2015 – das Ergebnis ist noch nicht gesichert.

Es wird davon ausgegangen, dass der Ergebnisüberschuss die Planung um 2 Mio € übertrefft und damit mehr als 8 Mio € betragen wird.

2016 wird der Buchungsschluss um 1 Monat auf 31.1.2016 vorgezogen – damit wird die pünktliche Erstellung des Jahresabschlusses abgesichert.

Wie wirkt sich das Ergebnis aus?

Auszug aus der Bilanz

A. Eigenkapital	
I. Allgemeine Rücklagen (Nettoposition)	61.699.127
III. Ergebnismrücklagen (= angesammelte Jahresüberschüsse aus den Vorjahren , verrechnet mit allen Verlusten aus Vorjahren)	20.597.352
V. vorläufiger Jahresüberschuss 2014	8.200.000
Summe Eigenkapital	90.496.479

Während die Ergebnismrücklage weiter steigt, bleibt die Nettoposition unverändert.

Weil aber das Bilanzvolumen ständig steigt und inzwischen eine Höhe von über 200 Mio € erreicht hat, sinkt die Eigenkapitalquote stetig, weil sich diese aus der Nettoposition berechnet.

Aus dieser Situation entstand die Überlegung, mit Teilen der Ergebnismrücklage die Nettoposition zu stärken.

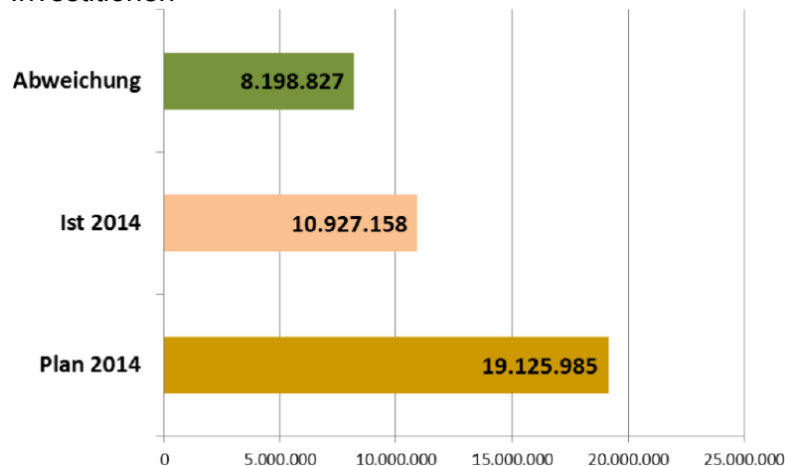
Finanzrechnung: Einzahlungen – Auszahlungen (Cash Flow)

Der Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit war mit einem Überschuss von 11.402.515 € geplant, tatsächlich betrug der Überschuss 12.011.148 €.

Bei geplanten Einzahlungen von 111 Mio € und geplanten Auszahlungen in Höhe von 100 Mio € ist ein gegenüber der Planung verbessertes Ergebnis von 608.633 € eine Punktlung.

An der Liquiditätsbetrachtung wird sich nichts mehr ändern.

Investitionen



Von den geplant 19,1 Mio € sind tatsächlich bis 28.1.2015 knapp 11 Mio € gebucht, das sind 57 % und damit weniger als im Vorjahr, in dem 66 % der geplanten Investitionen abflossen.

Verschuldung

Der Schuldenstand betrug zum 31.12.2014 insg. 54 Mio €.

2015 ist eine Kreditermächtigung in Höhe von 10 Mio € genehmigt, bisher wurde kein Kredit aufgenommen.

Zum Ende des Jahres 2015 wird die Verschuldung unter der Maßgabe, dass 10 Mio € neu aufgenommen werden und unter Berücksichtigung der Tilgungen auf rd. 59,5 Mio € anwachsen.

Investitionen sind 2015 in Höhe von 18,2 Mio € vorgesehen.

Einhaltung der Eckwerte 2014

	Plan	Vorläufiges Ist	Abweichung	Abweichung in %
	2014	2014	2014	2014
020 Kreis- und Strategieausschuss (KSA)	6.512.051	6.176.375	-335.676	-5,2%
030 Jugendhilfeausschuss (JHA)	11.301.081	11.970.192	669.111	5,9%
040, 045 Ausschuss f. Schule, Familie u. Bildung (SFB)	14.916.198	15.904.364	988.166	6,6%
060 Ausschuss für Liegenschaften, Vergaben (LSV)	10.900.633	10.343.991	-556.643	-5,1%
ULV gesamt (ULV und ULV KAW)	5.119.470	3.809.117	-1.310.353	-25,6%
Zwischensumme Eckwerte	48.749.434	48.204.039	-545.394	-1,1%

Fehler in Sivo auf S. 4: unter der Tabelle ist ein „alter Stand“

In der Summe weichen die Eckwerte um 1,1 % ab, das ist ein gutes Ergebnis und bestätigt die politische und verwaltungsinterne Steuerungsfähigkeit des Kreishaushalts.

Ergebnisrechnung – Finanzierung 010

	Plan	Vorläufiges Ist	Abweichung	Abweichung in %
	2014	2014	2014	2014
020 Allgemeine Finanzwirtschaft	-54.955.684	-58.020.278	-3.064.594	5,58%

Geplant waren 54,9 Mio € - das Ergebnis war um 5,6 % besser, das sind 3 Mio €.

Gründe: + 1,8 Mio € Grunderwerbssteuer
+ 1,4 Mio € Schlüsselzuweisungen

Beratungen der Teilbudgets

Die genauen Analysen der Teilbudgets erfolgen nun in den Fachausschüssen:

Jugendhilfeausschuss am 5.3.2015

ULV-Ausschuss am 11.03.2015

SFB-Ausschuss am 18.03.2015

LSV-Ausschuss am 25.03.2015

Kreis- und Strategieausschuss am 13.4.2015

Kreistag am 27.4.2015 mit Genehmigung der überplanmäßigen Ausgaben über 200.000 €.

Auswirkungen auf den Haushalt

Der geplante Ergebnisüberschuss in Höhe von 6,2 Mio € wird voraussichtlich um 2 Mio € übertroffen. Es wird ein Ergebnisüberschuss von über 8 Mio € realisiert werden können. Von den geplant 19,1 Mio € für Investitionen sind tatsächlich bis 28.01.2015 10,9 Mio € abgeflossen.

Am 31.12.2014 beträgt die Liquidität rund 13,7 Mio €, davon rd. 9 Mio € im Bereich der Kommunalen Abfallwirtschaft.

Diese Vorlage und der Sachbericht im Ausschuss dienen der Information der Kreisräte; ein Beschluss ist nicht erforderlich.

Folgende Punkte wurden nach der Präsentation aus dem Gremium angesprochen und geklärt:

Auf die Nachfrage aus dem Gremium, warum die Investitionen nicht in der geplanten Höhe abgerufen wurden und ob durch politische Umstellungen dem entgegengewirkt werden könnte erklärte Frau Keller, dass die Höhe des Ergebnisüberschusses nicht mit den nicht abgerufenen Investitionen in Zusammenhang stünde. Für die Investitionen müsste der Landkreis

Kredite aufnehmen. Frau Keller erklärte, dass bei über 60 % nicht abgerufener Mittel die Treffsicherheit nicht sehr hoch sei. Allerdings müsse auch berücksichtigt werden, dass hier auch eingehende Zuschüsse ausschlaggebend seien, wie bei der Realschule Poing, bei der 3 Mio. € nicht eingeplanter Zuschüsse eingingen. Damit verändere sich das Nettoergebnis gewaltig. Des Weiteren gebe es beim Straßenbau eine gewisse Planungsunsicherheit. Insgesamt werden über 120 verschiedene Investitionsmaßnahmen geplant. Frau Keller sicherte zu, dass vor allem im Kreis- und Strategieausschuss sowie im LSV-Ausschuss die Investitionsmaßnahmen genauer geprüft würden um eine Verbesserung der Planung zu erreichen.

Unmutsäußerung aus dem Gremium bezüglich der Zeitschiene über die Anberaumung der über die Höhe der Kreisumlage zu entscheidenden Sitzungen. Zumeist seien die hierfür wichtigen Zahlen wie die Schlüsselzuweisungen, die als Diskussionsgrundlage wichtig wären, nicht bekannt. Es erscheine, „wie manipuliert im Sinne von pro Landkreis“. Es bestünde eine gewisse Gefährdung der vertrauensvollen Zusammenarbeit.

KR und Mitglied des Landtages Thomas Huber erklärte, dass keiner, trotz Bemühungen, bis zur Kreistagssitzung die Höhe der Schlüsselzuweisungen gewusst habe. Es bedarf hierfür vieler Gespräche, die bereits im Sommer beginnen.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass er die Kritik für zu scharf und unangebracht halte, was er sehr bedauere. Die Landräte seien sehr darum bemüht, hier eine Änderung zu erreichen und es gäbe einige Interventionen bereits durch den Landkreistag.

Richtig sei, dass es für die Diskussion der Kreisumlage im Dezember gewisse Unschärfen gäbe.

Aus dem Gremium wurden die Vor- und Nachteile der frühen Haushaltsverabschiedung erläutert.

Zum Ergebnisüberschuss wurde aus dem Gremium angemerkt, dass es doch sehr erfreulich sei, dass 8 Mio. € nicht ausgegeben wurden. Ansonsten hätten hierfür Kredite aufgenommen werden müssen. Der Ergebnisüberschuss könnte zur Begrenzung der Verschuldung verwendet werden.

Frau Keller erläuterte auf Nachfrage, dass die Investitionen nach dem Neuveranschlagungsprinzip jedes Jahr neu geplant werden müssen.

Weiter führte sie aus, dass der Landkreis, wenn er keine Ergebnisüberschüsse mache, keine Rücklagen bilde. Er müsse dann Kredite aufnehmen.

Aus dem Gremium wurde angemerkt, dass dem Prinzip des antizyklischen Handelns es entsprechen würde, wenn bei einem Ergebnisüberschuss von 10 % des Volumens die Kreisumlage gesenkt werde.

KR Dr. Ernst Böhm stellte den Antrag, die Situation der Kreisklinik darzustellen, wenn grundlegende Entscheidungen über den Haushalt zu treffen seien.

Darauf eingehend erklärte Landrat Robert Niedergesäß, dass die Darstellung der künftigen Investitionen der Kreisklinik in der Sondersitzung des Kreistages erfolgen werde. Ebenso werde über die Struktur der Klinik sowie über die Satzung, die seit 2002 bestünde, und deren Aktualität diskutiert werden.

Landrat Robert Niedergesäß ergänzte, der Landkreis Ebersberg sei der erste Landkreis in Bayern der einen konsolidierten Jahresabschluss erstelle.

Anmerkung aus dem Gremium, dass bei der Kreisumlagendebatte mit Bekanntgabe der Höhe der Schlüsselzuweisungen noch ½ % Punkt abzurufen gewesen wäre, allerdings sei es nicht sinnvoll, die beschlossene Kreisumlage zu verändern, denn wenn die Grunderwerbssteuer nicht in der Höhe ausgefallen wäre, wäre der Kreis im Minus.

Frau Keller verwies auf die auf den Landkreis zukommende Entwicklung der Asylausgaben durch Personalkosten hin, die der Freistaat derzeit nicht übernehme.

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass die Prognosen derzeit bei 1.193 aufzunehmenden Asylsuchenden seien. Die 1,7 Mio. € mehr an Schlüsselzuweisungen würden dem Landkreis bei den künftigen Herausforderungen und den noch nicht bekannten Risiken helfen.

Auf die Nachfrage von Landrat Robert Niedergesäß, ob der Antrag von KR Dr. Ernst Böhm mit der Behandlung in der Sondersitzung im Kreistag erledigt sei, erklärte er sein Einverständnis.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab und kein Beschluss zu fassen war, kam Landrat Robert Niedergesäß zum nächsten Tagesordnungspunkt.

TOP 5	Kreishaushalt 2015; Verwendung der Schlüsselzuweisungen; Antrag der CSU/FDP-Fraktion vom 28.12.2014 und der SPD-Fraktion vom 30.12.2014
-------	--

2015/2338

F 2 / HH 2015 / Kreisumlage

Landrat Robert Niedergesäß führte kurz in den Sachverhalt ein und erklärte, dass die beiden Anträge aus formalen Gründen auf die Tagesordnung des heutigen Kreis- und Strategieausschusses gesetzt wurden. Die Kreisumlage könne theoretisch immer gesenkt werden, nur bei einer Erhöhung gäbe es zum 30.06. eine „Deadline“. Er schlug vor, erst in der Aprilsitzung des Kreis- und Strategieausschusses über die Anträge zu beschließen, nachdem sie vorher in der Sondersitzung des Kreistages beraten wurden.

KR Thomas Huber und KR Dr. Ernst Böhm als stellvertretende Antragssteller waren mit diesem Verfahren einverstanden. KR Dr. Ernst Böhm verwies auf einen Artikel in der Bayerischen Landkreistagsausgabe Nr. 5/2014 „Krankenhäuser: Sicherstellungsauftrag und Qualität vor Wettbewerb und Kliniksterben“ und bat, diesen Artikel allen Kreistagsmitgliedern zur Sondersitzung zukommen zu lassen, was von Seiten der Verwaltung zugesagt wurde.

Nachdem kein Widerspruch auf die von Landrat Robert Niedergesäß vorgeschlagene Vorgehensweise erfolgte, erklärte er den Tagesordnungspunkt als zur Kenntnis genommen.

TOP 6	Überörtliche Rechnungsprüfung 2014; Bericht des Finanzmanagements
-------	---

2015/2331

F 2 / Überörtliche Prüfung 2014

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung F, Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf, begrüßte Frau Jutta Plischke, Stabsstellenleiterin des Revisionsamtes und übergab Frau Keller das Wort, die anhand der folgenden Präsentation den Sachverhalt erläuterte.

Überörtliche Rechnungsprüfung 2014; Bericht des Finanzmanagements

Sachverhalt

In den Jahren 2012 und 2013 fand die überörtliche Prüfung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes für die Buchungsjahrgänge 2006 bis 2011 im Landratsamt statt. Nach einem Abschlussgespräch wurde der Prüfungsbericht am 2.6.2014 vorgelegt. Die „offizielle Behandlung“ erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt. Dies ist organisatorisch dem Büro Landrat zugeordnet. Das Finanzmanagement möchte vorab über die wichtigsten Dinge sowie deren Umsetzung berichten.

Wesentliche Textziffern

Der Großteil der Beanstandungen bezog sich auf den Umgang mit dem Finanzwesen selbst. Schwächen:

- zu viele Nebenlisten (meist Excel)
- System wird nicht für alle Tätigkeiten genutzt
- Mangelnde Buchhaltungskenntnisse (keine / zu wenig Fachkräfte)

Was ist in der Zwischenzeit geschehen?

- Es gab einige Mitarbeiterwechsel (u.a. auch Kassenleiter)
- Es wurde eine Bilanzbuchhalterin eingestellt
- In den letzten beiden Jahren wurde ein großer Schwerpunkt auf Softwareschulung und Umgang damit gelegt

Verbesserungen (Umsetzung von TZ)

- Verbesserungen in der Systemeinrichtung
- Automatisierte Abläufe, insb. beim Jahresabschluss und bei den Statistiken
- 4 Textziffern, die sich mit der Nachvollziehbarkeit von Veränderungen, Benutzerberechtigungen, Abwicklung über Sammelkreditoren und –debitoren sowie Anpassung des Einzelbelegs befassen, wurden vollständig umgesetzt.
- Mehr Transparenz beim Nachweis von Forderungen wurde durch die Einführung des Moduls „Mahnen und Vollstrecken“ vollständig umgesetzt.

Zusammenfassung:

Mehr als 80 % aller Beanstandungen sind inzwischen abgestellt. Dies wird mittelfristig zu einer Effizienzsteigerung in Kasse und Buchhaltung führen. Fehler werden schneller erkannt und können bereinigt werden.

Offene Punkte

Beteiligungsmanagement:

Das Beteiligungsmanagement verfügt über zahlreiche notwendige Informationen nicht, die im Prüfbericht aufgezählt wurden. Es kann seiner Funktion deshalb derzeit nicht gerecht werden.

Das Thema wurde aufgegriffen. Der Kreistag befasst sich erstmals in seiner Sitzung am 11.2.2015 damit. Ziel soll es sein, eine Beteiligungsrichtlinie durch den Kreistag zu verabschieden, die die Zusammenarbeit zwischen Kreistag – Aufsichtsrat – Beteiligungsmanagement regelt.

Der Kreistag wird am 11.2.2015 darüber entscheiden, wie dieser Prozess umgesetzt wird.

Offene Punkte

Einsatz von derivaten Finanzinstrumenten:

Vom BKPV wurde der Erlass einer eigenen Dienstanweisung empfohlen. Das Finanzmanagement möchte diese Empfehlung aufgreifen.

Dazu muss die Finanzleitlinie des Kreistags geändert werden, weil einige Sachverhalte, die in eine solche Dienstanweisung gehören, derzeit in der Finanzleitlinie geregelt sind.

Der Diskussionsprozess über den Erlass einer Dienstanweisung zu den derivaten Finanzinstrumenten wird in der nächsten Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 13.4.2015 begonnen.

Weitere Vorgehensweise (Bericht)

Im Laufe des Jahres wird über das Revisionsamt und das organisatorisch zuständige Büro des Landrats über die Umsetzung der weiteren Punkte, insb. im Bereich der Abfallwirtschaft, für die das Finanzmanagement nicht unmittelbar zuständig ist, weiter informiert.

Der Prüfbericht liegt auch der örtlichen Revision vor. Jeder Kreisrat kann ihn dort sowie im Finanzmanagement einsehen.

Der KSA wird um Kenntnisnahme gebeten, ein Beschluss ist nicht erforderlich.

Der Kreis- und Strategieausschuss nahm den Sachvortrag zur Kenntnis.

TOP 7	Vollzug der Richtlinie für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg
-------	---

2015/2330

F 2 / HH 2015 / Förderrichtlinie Mietwohnungsbau

Vorberatung

Im Kreistag am 15.12.2014, TOP 10 ö

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung F, Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und betonte, dass der Landkreis Ebersberg hier mehr mache, als andere Landkreise und er eine gewisse Leuchtturmsposition inne habe. Er übergab das Wort an Frau Keller, die folgende Präsentation vorbereitet hatte.

Vollzug der Richtlinie für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg

Sachstand

Der Kreistag hat am 15.12.2014 die Richtlinien für die Förderung bei Neuschaffung von Gebäuden im Mietwohnungsbau durch den Landkreis Ebersberg beschlossen.

Der Landkreis empfiehlt den Gemeinden, bei Neuausweisung von Wohnbauflächen 10 % des Wohnbaulandes für den sozial geförderten Wohnungsbau vorzusehen.

Der Landkreis hat sich dabei zum Ziel gesetzt, in den nächsten 10 Jahren 1.000 neue Sozialwohnungen zu fördern.



Hierfür werden pro Jahr 200.000 € fest im Haushalt reserviert.

Worum geht es?

Es geht um die haushaltstechnische Umsetzung folgender Sachverhalte:

- Projekte, die bereits konkret im Haushalt veranschlagt werden können, weil sie zum Zeitpunkt der HH-Erstellung bekannt sind
- Projekte, die nicht im HH veranschlagt sind, die aber von den 200.000 € noch erfasst sind
- Projekte, die über den HH-Ansatz hinausgehen

Der nachfolgende Beschlussvorschlag macht einen Vorschlag, wie haushaltsrechtlich mit diesen Sachverhalten verfahren werden kann.

Nach der Präsentation wurden folgende Punkte aus dem Gremium angesprochen:

- Die Verfahrensfrage müsse heute nicht geklärt werden. Die Anträge seien nicht abschließend behandelt worden. Landrat Robert Niedergesäß sicherte zu, dass diese in der Arbeitsgruppe berücksichtigt würden.
- Bei Bezuschussung von 50 Wohnungen seien die 200.000 € fast ausgeschöpft. Es werden aber 100 Wohnungen pro Jahr angestrebt. Somit müsse der Haushaltsansatz aufgesetzt werden. Landrat Robert Niedergesäß erklärte darauf, dass der Haushaltsansatz 2016 erhöht und darüber neu entschieden werden müsse.

Nachdem keine Wortmeldungen waren, ließ Landrat Robert Niedergesäß über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. Projekte, die über den jährlichen Haushaltsansatz in Höhe von 200.000 € hinausgehen, sind vom Kreis- und Strategieausschuss einzeln zu beschließen.
2. Über Projekte, deren Förderhöhe noch nicht konkret bekannt ist, die aber innerhalb des Haushaltsansatzes abgedeckt werden können, wird der Kreis- und Strategieausschuss informiert.



einstimmig angenommen

TOP 8	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 9	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

TOP 9.1	Bericht über die Mitgliedschaften und freiwilligen Vereinbarungen 2015
---------	--

2014/2285

F 2 / 2015 / Mitgliedschaftsbericht

Vorberatung

Im Kreis- und Strategieausschuss am 24.02.2014, TOP 11.1

An der Beratung nahmen teil:

Brigitte Keller, Abteilungsleitung F, Finanzen, Wirtschaft, Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachverhalt anhand der folgenden Präsentation erläuterte.

Bericht über die Mitgliedschaften und freiwilligen Vereinbarungen 2015

Sachverhalt



Jährlich wird über die Mitgliedschaften berichtet und die Dokumentation aktualisiert.

Der Mitgliedschaftsbericht ist im Internet abrufbar für jeden Interessierten.

Für Mitgliedschaften und im Rahmen von freiwilligen Vereinbarungen wendet der Landkreis 2015 einen Betrag in Höhe von 2.352.699 € auf, das ist 4,5 % mehr als im Vorjahr.

Änderungen waren mit „NEU“ gekennzeichnet, das ging leider bei der Aktualisierung des Inhaltsverzeichnisses verloren. Im nächsten Jahr wird darauf wieder geachtet.

Auf die Nachfrage aus dem Gremium zur Seite 62 des Mitgliedschaftsberichts, ob es sich bei dem jährlich fälligen Beitrag von ca. 40.000 € an den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München um einen Grundbeitrag handle oder ob hier Leistungen eingekauft wurden, antwortete Frau Keller, dass der Planungsverband die Kommunen in Fragen ihrer Entwicklung berate. Weitere Informationen können eben auf dieser Seite entnommen werden. Landrat Robert Niedergesäß ergänzte, dass der Planungsverband der Interessensvertreter der Kommunen sei, bei dem alle Landkreise um München und 18 von 21 Gemeinden des Landkreises Mitglieder sind.

Auf die Frage aus dem Gremium, ob zusätzliche Zahlungen zu leisten wären, wenn Planungen in Anspruch genommen würden, bejahte dies Landrat Robert Niedergesäß.

TOP 9.2	Schlüsselzuweisungen 2015
---------	---------------------------

2014/2286

F 2 / HH 2015 / Schlüsselzuweisungen

Landrat Robert Niedergesäß erklärte, dass diese bereits bei TOP 5 ö bekanntgegeben wurden.

TOP 9.3	Asyl - Supervision für freiwillige Helfer der Asylbewerber; Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2015
---------	---

2015/2339

S 2/Asyl

An der Beratung nahmen teil:

Stefanie Geisler, Abteilungsleitung S, Soziale Angelegenheiten

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Geisler. Sie teilte mit, dass versehentlich statt dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ein Pressebericht mit der Ladung versandt wurde.

Der anschließend aufgeführte Antrag, der dem Gremium nun als Tischvorlage ausgeteilt wurde, wird zuständigkeitshalber im SFB-Ausschuss am 18.03.2014 als Tagesordnungspunkt behandelt.



Christine Gerneth, Rotter str. 20, 85625 Glonn
Vincent Kalnin, Herzog-Albrecht-Str. 28, 85604 Zorneding

An
Herrn Landrat
Robert Niedergesäß
Eichthalstr. 5
85560 Ebersberg

Glonn/Zorneding, den 15.1.2015

Antrag an den Kreisausschuss
Betr.: Supervision für freiwillige Helfer der Asylbewerber

Der (Kreis-)Ausschuss möge beschließen:

1. Für die freiwilligen Helfer/innen der Asylbewerber/innen wird ein freiwilliges Angebot zur persönlichen, lokalen Beratung (Supervision) geschaffen. Die Supervision sollte unabhängig von behördlicher Weisung sein.
2. Ähnlich dem ehemaligen „Brennpunktetopf“ werden Haushaltsmittel bereitgestellt, hieraus soll die Supervision bezahlt werden
3. Vor der Umsetzung wird der Arbeitskreis „Asylbewerber im Landkreis Ebersberg“ zur Beratung hinzugezogen.

Begründung:

Im Landkreis Ebersberg haben sich – oft innerhalb kürzester Zeit - in vielen Gemeinden Helferkreise für Asylbewerber gebildet. Die Helfer/innen setzen sich vor Ort für die Anliegen der Asylbewerber/innen ein und strukturieren und koordinieren Hilfen für diese. Alle Helfer/innen arbeiten ehrenamtlich und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Miteinander und Zusammenleben mit Asylbewerbern/innen in den jeweiligen Gemeinden. Von Seiten des Landratsamtes werden die Helferkreise in vielen (Rechts-)Fragen beraten.

Die Arbeit der ehrenamtlichen Asylbetreuer/innen ist jedoch nicht leicht, sie kostet viel Zeit und ist immer wieder mit Enttäuschungen, Niederlagen und Abschieden verbunden. Dieses soziale Engagement ist persönlich und menschlich sehr anspruchsvoll und stellt große Anforderungen an die Fähigkeit zur Anteilnahme und Abgrenzung. Das rechte Maß des Engagements zu finden und die Begegnung mit Asylbewerbern/innen, die in vielerlei Hinsicht anders sind als man selbst, sind eine große Herausforderung. Die individuellen Lebens- und Leidensgeschichten der Asylbewerber/innen erleben die Ehrenamtlichen oft hautnah. Auch müssen sich die Helfer/innen mit negativen und verletzenden Meinungen und Stimmungen zur Asylbewerberthematik auseinandersetzen.

Solche Situationen können zur Überforderung führen. Angeleitete Supervisionsgespräche können in so einer Situation sehr hilfreich sein. Supervisionsgespräche können aber auch als präventive Maßnahme wichtig werden um z.B. dem Abbruch des Engagements

vorzubeugen. Für konkrete Situationen können in einer Supervision Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden, die auf die Person oder das Team abgestimmt sind.

Wir sehen das vorgeschlagene Angebot auch als eine geeignete Anerkennung dieses wertvollen Ehrenamtes.

Im Jahr 2007 wurde der „Brennpunktetopf“ für präventive Jugendprojekte geschaffen. Ähnlich diesem Topf sollen Haushaltsmittel geschaffen werden, aus dem Einzelpersonen und/oder Teams der Helferkreise eine Supervision beantragen können.

Zur Umsetzung des Beratungsangebotes werden die Helferkreise hinzugezogen. Ihnen wird eine Liste geeigneter Supervisoren zur Verfügung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen



Waltraud Gruber
Fraktionssprecherin



Christine Gerneth
Kreisrätin



Vincent Kalnin
Kreisrat

TOP 9.4	Aufspüren fossiler Energieträger im Landkreis Ebersberg; Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen vom 1.1.2015
---------	--

2015/2336

F 1 /

An der Beratung nahmen teil:

Norbert Neugebauer, SG-Leiter F1, Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß erteilte Herrn Neugebauer das Wort, der dem Gremium mitteilte, dass das Bayerische Wirtschaftsministerium der Verwaltung den Erlaubnisbescheid Ende letzten Jahres zugeleitet habe. Dieser gelte für einen Zeitraum von vier Jahren (bis 30.11.2018) und zunächst für die Auswertung bereits vorhandener Daten. Die Genehmigung für seismische Messungen müsse noch vom Bergamt Südbayern erteilt werden.

Nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums seien Zielrichtung der Untersuchungen ausschließlich konventionelle Lagerstätten. Unkonventionelle Lagerstätten, die Fracking erfordern könnten, seien in Bayern und insbesondere in Südbayern und damit in dem beantragten Untersuchungsfeld nicht vorhanden.

Die weitere Behandlung der Anfrage ist für den nächsten ULV-Ausschuss am 11.03.2015 vorgesehen.

Unmutsäußerung aus dem Gremium darüber, dass Themen wie Asyl und das Aufspüren fossiler Energien vor dem entsprechenden Fachausschuss wie SFB und ULV im Kreis- und Strategieausschuss behandelt werden. Zuerst solle dies im entsprechenden Fachausschuss und dann erst an den Kreis- und Strategieausschuss weitergeleitet werden.

KRin und Antragstellerin Waltraud Gruber erklärte, dass es sich hier um eine Anfrage und nicht um einen Antrag handle.

Frau Keller erklärte, dass die Behandlung im Kreis- und Strategieausschuss mit den Antragstellern abgesprochen wurde.

Da es sich um wichtige Inhalte handle, solle der Kreis- und Strategieausschuss involviert werden, wurde darauf aus dem Gremium angemerkt.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Die öffentliche Anfrage an den KSA am 09.02.2015 durch die Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 01.01.2015 wird an den entsprechenden Fachausschuss ULV zur Beratung und Entscheidung weitergeleitet.



einstimmig angenommen

TOP 10	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
--------	---

keine

TOP 11	Anfragen
--------	----------

keine

Landrat Robert Niedergesäß schloss die Sitzung um 18:01 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.